

Inhaltsverzeichnis

<i>Teil 1</i>	
Einleitung	19
§ 1 Positiv evaluiert, dennoch keine Erfolgsgeschichte: Spärliche Erfahrungswerte mit „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren	22
A. Pilotprojekt des BKK-Landesverbandes Niedersachsen-Bremen	22
B. „Mediation“ in Widerspruchsverfahren der Techniker Krankenkasse	24
C. Pilotprojekt der Berufsgenossenschaft Gesundheitsdienst und Wohlfahrts- pflege	25
D. Weitere Beispiele für „Mediationen“ im Bürger-Sozialbehörde-Verhältnis ..	26
§ 2 Mögliche Gründe für den spärlichen Einsatz von „Mediation“ im Sozialverwaltungs- verfahren	27
A. Begriffliche Ungewissheit schürt Fragen zu Nutzen und Eignung von „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren	28
B. Rechtliche Ungewissheit schürt Fragen zur rechtlichen Zulässigkeit von „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren	32
I. Kritische Analyse des Meinungsstands zur Zulässigkeit von „Mediation“ im Verwaltungsverfahren	32
1. Bisher bekannte Zulässigkeits- und Unzulässigkeitsthesen	34
2. Argumentationsmuster	37
a) Argumentation mit dem eingriffsinduzierten Gesetzesvorbehalt	37
b) Argumentation mit staatsstrukturell induzierten Gesetzesvor- behalten	41
c) Weitere Argumentationsmuster	46
3. Zwischenfazit	49
II. Komplizierung des Meinungsstandes durch die begriffliche Ungewissheit	49
C. Rechtliche Ungewissheit schürt Fragen zur rechtlichen Gebotenheit von „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren	53
§ 3 Ziele und Gang der Untersuchung	56
<i>Teil 2</i>	
Der deutsche Begriff „Mediation“ und sein Potential für die Konfliktbehandlung im Sozialverwaltungsverfahren	59
§ 1 Das Begriffswirrwarr um das deutsche Wort „Mediation“ in Literatur, Praxis und Gesetzgebung	59
A. Entstehung eines Begriffswirrwarrs in Literatur und Praxis	59

I.	Unstreitiger Kern: Drittmittlung bei interpersonalen Konflikten	59
II.	Streitigkeit aller weiteren Begriffsmerkmale	61
1.	Streitige Begriffsmerkmale betreffend den Verfahrensrahmen	62
a)	„Sackgassen“-Situation als begriffsnotwendiges Kriterium?	62
b)	Freiwillige Mitwirkung aller Beteiligten zu jedem Zeitpunkt? ..	62
c)	Umfassende Vertraulichkeit des Verfahrens?	63
d)	Möglichkeit einer rechtsverbindlichen Abschlussvereinbarung?	64
e)	Jederzeitige Informiertheit der Parteien?	65
2.	Streitige Begriffsmerkmale betreffend die Rolle des Dritten	66
a)	Neutralität/Allparteilichkeit des Dritten?	66
b)	Fehlen der Befugnis des Dritten zur Streitentscheidung?	68
c)	Uneingeschränkte Prozessführungsbefugnis des Dritten?	69
d)	Rein facilitative oder (auch) evaluative Rolle des Dritten?	69
e)	Erlaubtheit eigener Lösungsvorschläge des Dritten?	72
f)	Das Harvard-Konzept als begriffsnotwendige Methode des Dritten?	74
g)	Begriffsnotwendige innere Zielrichtung des Dritten?	77
III.	Vertiefung des Begriffswirrwarrs durch ungünstige Bewältigungsstrategien	79
1.	Behauptung einer Vielzahl vermeintlich einzig richtiger Inhalte von „Mediation“	80
2.	Weit gefasste Definitionen von „Mediation“	82
3.	Individuelle Arbeitsdefinitionen von „Mediation“	87
IV.	Zwischenfazit: Der deutsche Begriff „Mediation“ in der Glaubwürdigkeitskrise	88
B.	Fortschreibung des Begriffswirrwarrs in der Gesetzgebung	90
I.	Begriffliche Indifferenz der EG-Richtlinie 2008/52/EG	91
II.	Begriffliche Offenheit des deutschen Mediationsgesetzes	101
1.	Möglichkeit der Begriffsverklärung: Die Anwendbarkeit des Mediationsgesetzes auf „Mediation“ im Sozialverwaltungsverfahren	102
2.	Kaum begriffliche Festlegungen durch das Mediationsgesetz	109
a)	Das gesetzliche Merkmal der Vertraulichkeit	109
b)	Das gesetzliche Merkmal der Verfahrensstrukturiertheit	113
c)	Das gesetzliche Merkmal der Eigenverantwortlichkeit	121
d)	Das gesetzliche Merkmal der Freiwilligkeit	126
e)	Die gesetzlichen Merkmale der Unabhängigkeit, Neutralität und der fehlenden Entscheidungsbefugnis des Dritten	129
3.	Zwischenfazit: Fortdauer der Glaubwürdigkeitskrise und des rechtstat- sächlich-begrifflichen Klärungsbedarfs	130
§ 2	Begriffsschärfung durch eine wortgeschichtlich begründete Definition von „Mediation“	133
A.	Kriterien für eine sinnvolle Definition von „Mediation“	135

I.	Gewährleistung der Abgrenzbarkeit von „Mediation“	135
II.	Gewährleistung einer Begründung für die Inhalte von „Mediation“	136
III.	Gewährleistung der sozio-semantischen Individualität von „Mediation“	136
IV.	Gewährleistung eines maximalen Geltungsbereichs der nachfolgenden rechtsdogmatischen Untersuchung?	139
B.	Entwicklung einer wortgeschichtlich begründeten Definition	139
I.	Die Geschichte des deutschen Wortes „Mediation“	141
1.	„Mediation“ als Synonym für freihändige Drittmittlungen im staatlich- politischen Bereich (ca. 1640–1900)	141
2.	„Mediation“ als Übersetzung des englischen Wortes „mediation“ zur Bezeichnung von Drittmittlungen in privaten Konflikten (seit ca. 1989)	150
a)	Hintergrund: Die Entwicklung des amerikanisch-englischen Wortes „mediation“ im 20. Jahrhundert	151
aa)	Nichtabgrenzbarkeit trotz Gebrauchssteigerung (ca. 1900–1970)	151
bb)	Formung einer innovativen Begriffsinhaltskontur (1970er Jahre)	154
cc)	Weitere Formung durch das Harvard-Konzept (seit 1981) ...	158
(1)	Hintergrund und Inhalt des Harvard-Konzepts	158
(2)	Verschmelzung von Harvard-Konzept und „mediation“	161
dd)	Rückentwicklung zur Konturlosigkeit: „Riskin’s Grid“ (1996)	162
b)	Übersetzungen von „mediation“ ins Deutsche (seit 1989)	164
aa)	Übersetzungen von „mediation“ mit innovativer Inhaltskontur	165
bb)	Übersetzungen von „mediation“ ohne innovative Inhaltskontur	171
II.	Die wortgeschichtlich begründeten Begriffsinhalte von „Mediation“ ...	173
C.	Die Folge: Nachschärfungsbedarf für den deutschen Gesetzgeber	177
I.	Nachschärfung des Mediationsgesetzes im Sinne der wortgeschichtlich begründeten Begriffsinhalte von „Mediation“	177
1.	Nachschärfung des gesetzlichen Merkmals der Vertraulichkeit	177
2.	Nachschärfung der gesetzlichen Merkmale der Verfahrensstrukturiert- heit und Eigenverantwortlichkeit	180
3.	Keine Nachschärfung der weiteren gesetzlichen Merkmale	183
II.	Inkurs: Nachschärfung von § 1 MediationsG wegen Verstoßes gegen die EG-Richtlinie 2008/52/EG	184
§ 3	Das rechtstatsächliche Potential der wortgeschichtlich definierten Mediation für die Konfliktbehandlung zwischen Bürger und Sozialbehörde im Sozialverwal- tungsverfahren	187
A.	Konfliktmerkmale für ein großes Mediationspotential im Allgemeinen	187
B.	Konfliktmerkmale im Sozialverwaltungsverfahren: Mediationspotential? ..	190
I.	Grundsatz: Großes Mediationspotential im Sozialverwaltungsverfahren	190
II.	Sozialrechtsspezifische Potentialsteigerungen oder -einschränkungen? .	196
1.	Steigerung durch sozialrechtsspezifische Dauerbeziehungen	196

2.	Steigerung durch sozialrechtsspezifisches Trägernetz	198
3.	Einschränkung wegen geringer Handlungsfreiheit von Sozialbehörden? 200	
4.	Einschränkung wegen des Gedankens der Sozialverwaltungseffizienz? 209	
III.	Mögliche Fallauswahlkriterien für die Sozialverwaltungspraxis	214
C.	Ergebnis zum rechtstatsächlichen Potential der Mediation für die Konfliktbehandlung zwischen Bürger und Sozialbehörde im Sozialverwaltungsverfahren	217
<i>Teil 3</i>		
De lege lata: Die rechtliche Zulässigkeit von Bürger-Sozialbehörde-Mediation durch einen privaten Dritten im Sozialverwaltungsverfahren – Grenzen des sozialen Verfassungsstaats		219

§ 1	Einsatzperren kraft der Gesetzesvorbehalte zum Schutz des Bürgers vor staatlichen Belastungen	222
A.	Einsatzperre kraft des verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalt für Grundrechtseingriffe	222
I.	Grundrechtsverpflichtete in der Bürger-Sozialbehörde-Mediation	223
1.	Die zuständige Sozialbehörde als Grundrechtsverpflichtete	225
a)	Grundrechtsentpflichtung durch mediative Gleichordnungsebene? 225	
b)	Grundrechtsentpflichtung durch Informalität der Mediation? .. 226	
c)	Grundrechtsentpflichtung durch Freiwilligkeit der Teilnahme des Bürgers?	226
2.	Der private Mediator als Grundrechtsverpflichteter	229
II.	Grundrechtseingriffe in der Bürger-Sozialbehörde-Mediation	231
1.	Der vorbehaltstrelevante Eingriffsbegriff im Allgemeinen	231
2.	Grundrechtseingriffe wurzelnd in den verhandelten materiellen Inhalten	234
a)	Die Eingriffsrelevanz sozialrechtlicher Sachverhalte	234
b)	Materielle Eingriffsvorwirkungen in der Mediation	239
aa)	Eingriffsvorwirkungen zulasten des Antragstellers	239
bb)	Keine Eingriffsvorwirkungen zulasten Dritter	244
cc)	Eingriffsvorwirkungen durch Grundrechtsverzicht entschärft? 245	
c)	Existenz einer Ermächtigungsgrundlage für die materiellen Eingriffsvorwirkungen in der Mediation	249
d)	Inkurs: Existenz einer Ermächtigungsgrundlage für die materiellen Eingriffsvorwirkungen in evaluativen Drittmitteilungen? 252	
3.	Grundrechtseingriffe wurzelnd in Verfahrensspezifika der Mediation	254
a)	Eingriffe zur Drängung des Bürgers in den Verfahrenseinstieg? 257	
b)	Eingriffe zur Einschränkung des Rechts auf rechtliche Vertretung	260
aa)	Grundrechtliche Verortung des Rechts auf rechtliche Vertretung	260
(1)	Keine Verortung in Art. 19 Abs. 4 GG	260
(2)	Keine Verortung in Art. 103 Abs. 1 GG	262

(3) Verortung im Recht auf ein faires Verfahren?	263
(a) Herrschende Meinung: Teil des Leistungsrechts auf ein faires Verfahren	263
(b) Eigene Kritik und Begründung eines separaten frei- heitsrechtlichen Abwehrgehalts	267
(4) Verortung in der Berufsfreiheit des Rechtsanwalts	273
bb) Verkürzungen des Rechts auf rechtliche Vertretung	274
(1) Verkürzungen bei Mediation	274
(2) Negierung der Verkürzungen durch Grundrechtsverzicht?	279
(3) Inkurs: Verkürzungen bei evaluativen Drittmittlungen?	281
cc) Existenz einer Ermächtigungsgrundlage für die mediations- spezifischen Verkürzungen des Rechts auf rechtliche Vertretung	282
(1) Sozialrechtliche Ermächtigungsgrundlagen?	282
(2) § 2 Abs. 4 MediationsG als Ermächtigungsgrundlage?	283
dd) Zwischenergebnis	286
c) Eingriffe durch die Verfahrensschritte innerhalb der Mediation	287
aa) Grundsatz: Eingriffsentschärfung durch wirksame Einwilligung	287
bb) Ausnahme: Die mediative Ermittlung der Konflikt hintergründe	289
(1) Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht	289
(2) Möglichkeit der Einwilligung in die Sozialdatenerhebung?	292
(a) Urteil des Bundessozialgerichts vom 10.12.2008 ..	293
(b) These der übergesetzlichen Einwilligungsmöglichkeit ..	297
(c) Entwicklung und Anwendung einer eigenen Lösung	298
d) Eingriff durch sozialbehördliches Hinwirken auf einen Rechts- mittelverzicht des Bürgers (Art. 19 Abs. 4 GG)?	306
III. Ergebnis zum verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalt für Grundrechts- eingriffe	307
B. Einsatzsperrre kraft des einfachrechtlichen Gesetzesvorbehalts für Belastungen des Bürgers durch Sozialbehörden (§ 31 SGB I)	309
I. Rein deklaratorische Funktion oder spezieller Schutz vor Belastungen?	309
II. Insbesondere: Die für § 31 SGB I relevanten Belastungen	312
1. Grundsatz: Aktivierung von § 31 SGB I durch Grundrechtseingriffe ..	312
2. Keine Aktivierung von § 31 SGB I bei faktischen Einwirkungen? ..	314
III. Rechtsfolgen der Belastungsschutdimension von § 31 SGB I für Bürger- Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren	317
§ 2 Einsatzsperrre kraft der Gesetzesvorbehalte zur Wahrung der horizontalen Gewaltenteilung	318
A. Einsatzsperrre kraft des demokratisch-rechtsstaatlichen Wesentlichkeitsvor- behalts	318
I. Der Maßstab der Grundrechtsrelevanz im Allgemeinen	319
II. Grundrechtsrelevanz von Mediation im Sozialverwaltungsverfahren ..	320
1. Grundrechtsrelevanz des Sozialverwaltungsverfahrens	320

2. Grundrechtsrelevanz von Mediation als neuem Instrument des Sozialverwaltungsverfahrens	323
a) Relevanz der Mediation für die materiellen Grundrechte	323
b) Relevanz der Mediation für die verfahrensbezogenen Grundrechte	327
aa) Relevanz der Vertraulichkeit der Mediation für Grundrechte mit Datenbezug	327
bb) Relevanz der Höchstpersönlichkeit der Mediation für Grundrechte mit Vertretungsbezug	333
III. Existenz hinreichender gesetzlicher Regelungen für Mediation im Sozialverwaltungsverfahren?	334
IV. Inkurs: Wesentlichkeitsvorbehalt für evaluative Drittmittlungen	338
1. Grundrechtsrelevanz von evaluativen Drittmittlungen im Sozialverwaltungsverfahren	338
2. Existenz hinreichender gesetzlicher Regelungen für evaluative Drittmittlungen im Sozialverwaltungsverfahren?	341
B. Einsatzsperrre kraft des institutionellen Gesetzesvorbehalts	342
I. Übertragung von Hoheitskompetenzen auf den Mediator	343
1. Grundlagen der rechtlichen Qualifikation des Mediators	343
2. Hoheitskompetenzübertragung infolge der Beauftragung des Mediators	347
a) Allparteilichkeit des Mediators als entäußerte Hoheitskompetenz?	347
b) Prozesseleitung des Mediators als entäußerte Hoheitskompetenz?	348
aa) Sozialbehördliche Sachentscheidungsbefugnisse entäußert?	349
bb) Gesprächsleitung und -strukturierung als entäußerte Hoheitskompetenzen?	350
cc) Beteiligungenauswahl als entäußerte Hoheitskompetenz?	354
dd) Interessensermittlung als entäußerte Hoheitskompetenz?	356
3. Inkurs: Hoheitskompetenzübertragung infolge der Beauftragung von evaluativen Drittmittlern?	358
II. Abweichende Beurteilung bei Informalität des Mediationsverfahrens?	361
1. Die Rechtsnatur der Bürger-Sozialbehörde-Mediation	362
a) Stets Informalität oder Einzelfallabhängigkeit?	362
b) Kriterien für die Ermittlung der Rechtsnatur der Mediation	366
2. Informalität – mehr Befugnisse des Mediators zulässig?	368
3. Inkurs: Informalität – mehr Befugnisse evaluativer Drittmittlner zulässig?	369
III. Ergebnis zum institutionellen Gesetzesvorbehalt	370
C. Einsatzsperrre kraft eines Gesetzesvorbehalts zur Sicherung des Kontrollauftrags der Sozialgerichtsbarkeit?	372
D. Einsatzsperrre kraft des einfachrechtlichen Gesetzesvorbehalts für Rechtskreiserweiterungen durch Sozialbehörden (§ 31 SGB I)	375
I. § 31 SGB I: Rechtskreiserweiterungs- oder Totalvorbehalt?	376
II. Die für § 31 SGB I relevanten Rechtskreiserweiterungen	380
1. Aktivierung von § 31 SGB I durch förmliche Rechtskreiserweiterungen	380

2. Aktivierung von § 31 SGB I durch faktische Rechtskreiserweiterungen	381
III. Rechtskreiserweiterungen in der Bürger-Sozialbehörde-Mediation	383
1. Förmliche Rechtskreiserweiterungen in jeder Mediation?	383
2. Faktische Rechtskreiserweiterungen im Prozess einer jeden Mediation	384
a) Aufklärung der Interessen des Bürgers als Coachingleistung ...	384
b) Steigerung der allgemeinen Konfliktlösungskompetenz des Bürgers	388
IV. Existenz einer Rechtsgrundlage für die faktischen Rechtskreiserweiterungen im Prozess der Mediation?	390
V. Inkurs: Rechtskreiserweiterungsvorbehalt für evaluative Drittmittlungen	394
1. Faktische Rechtskreiserweiterungen im Prozess evaluativer Drittmittlungen	394
2. Existenz einer Rechtsgrundlage für die faktischen Rechtskreiserweiterungen im Prozess evaluativer Drittmittlungen?	396
§ 3 Zusammenfassende Betrachtung von Teil 3	397
A. Unzulässigkeit von Mediation im Sozialverwaltungsverfahren aufgrund noch nicht wahrgenommener Gesetzesvorbehalte	397
B. Unzulässigkeit von evaluativen Drittmittlungen im Sozialverwaltungsverfahren aufgrund noch nicht wahrgenommener Gesetzesvorbehalte	399
C. Inkurs: Zulässigkeit des Einsatzes von einzelnen mediativen Bausteinen im Sozialverwaltungsverfahren?	400
I. Mediative Interessensermittlung durch die Sozialbehörde ohne Mediator	400
II. Erhöhte Mündlichkeit: Das sog. Pirmasenser Modell	403

*Teil 4***De lege ferenda:****Die gesetzliche Bereitstellung von Bürger-Sozialbehörde-Mediation durch einen privaten Dritten im Sozialverwaltungsverfahren – Prämisse des sozialen Verfassungsstaats**

405

§ 1 Verfassungsrechtlicher Regelungsauftrag oder fakultative Regelungsberechtigung für Bürger-Sozialbehörde-Mediation?	406
A. Abwesenheit eines expliziten verfassungsrechtlichen Regelungsauftrags für Bürger-Sozialbehörde-Mediation	408
B. Regelungsauftrag für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft allgemeiner Verfassungsprinzipien und -grundsätze?	411
I. Regelungsauftrag kraft des Demokratieprinzips?	411
II. Regelungsauftrag kraft des Rechtsstaatsprinzips in seiner Ausprägung als Recht auf ein faires Sozialverwaltungsverfahren?	416
III. Regelungsauftrag kraft des Grundsatzes der Sozialverwaltungseffizienz?	422
IV. Regelungsauftrag kraft des Grundsatzes der Folgerichtigkeit?	426
C. Regelungsauftrag für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft bekannter sozialrechtsspezifischer Verfassungsprinzipien und -grundsätze?	427

I.	Regelungsauftrag kraft des Sozialstaatsprinzips?	428
II.	Regelungsauftrag kraft des Sozialstaatsprinzips i.V.m. den Grundrechten?	430
1.	Bekannte Maßstäbe sozialstaatlich-grundrechtlicher Regelungsaufträge	430
2.	Anwendung der bekannten Maßstäbe sozialstaatlich-grundrechtlicher Regelungsaufträge auf Bürger-Sozialbehörde-Mediation	433
D.	Regelungsauftrag für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft eines sozialverfassungsrechtlichen Kooperationsgebots	434
I.	Herleitung des sozialverfassungsrechtlichen Kooperationsgebots	434
1.	Fortentwicklung der Vorgaben des Sozialstaatsprinzips für das Sozialverwaltungsverfahren	435
a)	Sozialstaatliche Kooperationspflichten der Sozialbehörden	435
b)	Sozialstaatliche Kooperationspflichten des Sozialgesetzgebers	441
2.	Fortentwicklung der Vorgaben der Grundrechte für das Sozialverwaltungsverfahren	442
3.	Das sozialverfassungsrechtliche Kooperationsgebot als Resultat der Verzahnung aller fortentwickelten Vorgaben	447
II.	Regelungsauftrag für Bürger-Sozialbehörde-Mediation aufgrund eines Kooperationsdefizits im Sozialverwaltungsverfahren	450
1.	Bestandsaufnahme: Kooperation im Sozialverwaltungsverfahren	450
a)	Sozialberatung und Aufklärung mit rechtsbasierter Wahrnehmung des Bürgers (§§ 13 ff. SGB I)	451
b)	Pflichtenstatuierung mit punktuell interessensbasierter Wahrnehmung des Bürgers (§ 65 Abs. 1 SGB I)	453
c)	Individualisierte Ausgestaltung von Rechten und Pflichten mit rechtsbasierter Wahrnehmung des Bürgers (§ 33 SGB I)	453
d)	Möglichkeiten zur Herstellung einvernehmlicher Konfliktlösungen mit rechtsbasierter Wahrnehmung des Bürgers	459
e)	Zwischenfazit: Bedeutende kooperative Elemente schon installiert	461
2.	Bewertung: Abwesenheit interessensbasierter Instrumente – Kooperationsdefizit im Sozialverwaltungsverfahren?	463
a)	Neue Thesen im Schrifttum: Verfassungsrechtliche Verpflichtung des Staates zu Mediation und Interessensermittlung	464
b)	Eigener Ansatz: Konkretisierung der Untergrenzen des sozialverfassungsrechtlichen Kooperationsgebots	466
aa)	Begründung für das Fehlen weitläufiger Mediations- und Interessensermittlungspflichten des Staates	466
bb)	Begründung einer punktuellen sozialverfassungsrechtlichen Pflicht zum sozialbehördlichen Mediationsangebot	474
3.	Ergebnis: Kooperationsdefizit führt zu Regelungsauftrag für Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren	477
§ 2	Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Verwirklichung des Regelungsauftrags für Bürger-Sozialbehörde-Mediation	478
A.	Formell: Die Gesetzgebungskompetenz für Bürger-Sozialbehörde-Mediation	478

I.	Ausgangspunkt: Allkompetenz der Länder (Art. 70 Abs. 1 GG)	478
II.	Bundeskompetenztitel für Bürger-Sozialbehörde-Mediation	479
1.	Bundeskompetenz für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft der Titel für Sozialleistungen (Art. 73 f. GG)?	479
a)	Bürger-Sozialbehörde-Mediation als Bundessozialleistung?	480
b)	Inkurs: Bedürfnisermittlung ohne Mediator als Bundessozialleistung	482
2.	Bundeskompetenz für Bürger-Sozialbehörde-Mediation kraft der Titel für das Sozialverwaltungsverfahren	484
a)	Bundestitel für das erstinstanzliche Sozialverwaltungsverfahren	484
aa)	Bundestitel kraft einer Annexkompetenz zu Art. 73 f. GG? ..	484
bb)	Bundestitel kraft Art. 83 ff. GG	489
	(1) Bundestitel für das erstinstanzliche sozialverwaltungsverfahren bei landeseigenem Sozialleistungsvollzug ..	490
	(2) Bundestitel für das erstinstanzliche sozialverwaltungsverfahren bei Sozialleistungsvollzug in Bundesauftrags- und Bundeseigenverwaltung	492
b)	Bundestitel für das sozialbehördliche Widerspruchsverfahren ..	493
aa)	Bundestitel kraft Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG oder Art. 83 ff. GG?	494
bb)	Umfang des Bundestitels für das sozialbehördliche Widerspruchsverfahren im Einzelnen	499
3.	Zwischenfazit zu den Gestaltungsmöglichkeiten des Bundes betreffend Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren	500
III.	Verbleibende Länderkompetenzen für Bürger-Sozialbehörde-Mediation	501
1.	Genuin verbleibende Länderkompetenzen kraft Art. 70 Abs. 1 GG ..	501
2.	Abweichungskompetenz der Länder kraft Art. 125b Abs. 2 GG	504
a)	Was bedeutet „auf Grund des Artikels 84 Abs. 1 GG“?	505
b)	Konkretes Ausmaß der Abweichungskompetenz der Länder	507
aa)	Abweichungskompetenz der Länder betreffend das erstinstanzliche Sozialverwaltungsverfahren	507
bb)	Abweichungsmöglichkeit der Länder betreffend das sozialbehördliche Widerspruchsverfahren	508
c)	Illustration der Abweichungskompetenz: Bürger-Sozialbehörde-Mediation in Sozialverwaltungsverfahren von BKK/AOK	509
IV.	Regelungsberechtigung gleich Verpflichtetenstellung	511
V.	Ergebnis zur Gesetzgebungskompetenz für Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren	511
B.	Materiell: Die verfassungsrechtlich notwendigen Regelungsinhalte und ihre zweckmäßige Verwirklichung	513
I.	Zweckmäßige Verwirklichung der Anforderungen des Eingriffsvorbehalts	513
1.	Rechtsgrundlagen zur Begrenzung der Tätigkeit rechtlicher Vertreter ..	513
2.	Rechtsgrundlagen zur Erhebung der Interessen des Bürgers	516

II. Zweckmäßige Verwirklichung der Anforderungen des Wesentlichkeitsvorbehalts	518
III. Zweckmäßige Verwirklichung der Anforderungen der rechtskreiserweiternden Dimension von § 31 SGB I	522
§ 3 Formulierungsempfehlungen für die konkrete Umsetzung des Regelungsauftrags betreffend Bürger-Sozialbehörde-Mediation	523
A. Formulierungsempfehlungen für die Ermöglichung von Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren durch den Bund	523
B. Formulierungsempfehlungen für die Ermöglichung von Bürger-Sozialbehörde-Mediation im Sozialverwaltungsverfahren durch die Länder	526
 <i>Teil 5</i>	
Zusammenfassender Ausblick	527
§ 1 Der deutsche Begriff „Mediation“: Wege aus der Glaubwürdigkeitskrise zwecks Erschließung seines großen rechtstatsächlichen Potentials für das Sozialverwaltungsverfahren	527
§ 2 Mediation im Sozialverwaltungsverfahren – kraft der Grenzen des sozialen Verfassungsstaats nur mit weiteren gesetzlichen Regeln	531
§ 3 Pflicht von Bund und Ländern zur Bereitstellung von Mediation im Sozialverwaltungsverfahren kraft eines sozialverfassungsrechtlichen Kooperationsgebots	536
Literaturverzeichnis	540
Personen- und Stichwortverzeichnis	581